

Offene Worte

Online Nr. 100

Zeitung der LINKEN für den Barnim 25. April 2021, 30. Jahrg.



Heute erscheint die 100. Ausgabe der OW Online (OWO). Seit dem 17. April 2020 gibt es das Format. Pandemiebedingt eingeführt, informiert DIE LINKE im Barnim zweimal wöchentlich über aktuelle politische Themen. Inzwischen ist die OWO zum festen Bestandteil geworden. Lesen Sie sie auf der Homepage der Barnimer LINKEN oder auf facebook.

Schwimmhalle für Bernau

LINKE: Finanzierung prüfen ohne soziale Kürzungen

Eine Petition für eine Schwimmhalle in Bernau läuft seit dem 23. März auf der Online-Plattform „Open Petition“. Dort sprechen sich die Initiatoren dafür aus, dass Bernau eine Sportschwimmhalle benötigt, „vielleicht auch ein Spaßbad! Aber mindestens eine Schwimmhalle mit 25 Meter-Bahnen und einem Kinderbecken nach neuen energetischen Standards. Betrieben und verwaltet von der Stadt Bernau.“

Stadtvorstand und Stadtfraktion der LINKEN in Bernau begrüßen dies und danken den Initiator:innen der Petition, dass sie das Thema

weiter verfolgen. Allerdings macht DIE LINKE deutlich, dass ein Zuschuss von einer Million jährlich, der laut einem Gutachten für den Betrieb eines Schwimmbades durch die Stadt zu tragen wäre, nicht finanzierbar wäre. Sich daraus ergebenden Kürzungen bei kulturellen und sozialen Ausgaben könnte DIE LINKE nicht zustimmen. Sie lädt deshalb alle Interessierten zu einem öffentlichen Diskurs um ein tragfähiges Finanzierungskonzept ein. Den Bürgermeister fordert sie auf, die Suche nach Lösungen zu intensivieren. (pm)

Ermöglichen statt Bevormunden

So kommen wir besser durch die Pandemie, sagt Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag

Die bundesweite Notbremse steht seit dem 24. April im Infektionsschutzgesetz. Dennoch können und müssen die Bundesländer weiter an der Bewältigung der Pandemie arbeiten. Wir befinden uns in der schwersten Phase, die Ansteckungszahlen und Bettenbelegungen auf den Intensivstationen zeigen dies. Das Handeln der Brandenburger Landesregierung entspricht nicht dem Ernst der Lage. So wird den Infektionszahlen weiter hinterher regiert und keine echte Perspektive entwickelt. Was soll eine Ausgangssperre bringen, wenn die Menschen sich weiterhin in Bus oder Bahn auf dem Weg in Großraumbüros und Fabriken treffen? Sind alle Mittel ausgeschöpft?

Nein. Während das Privatleben eingeschränkt wird, bleibt es in der Arbeitswelt bei Bitten und Appellen. Wir brauchen sinnvolle und logisch begründete Maßnahmen. Die TU Berlin weist aktuell darauf hin, dass zum Brechen der Dritten Welle neben den bekannten Regeln vor allem die Verlagerung von Aktivitäten ins Freie, die deutliche Reduzierung der Personendichte in Innenräumen und der Einbau besserer Lüftungssysteme notwendig sind. Das fehlt in den aktuellen Maßnahmen.

Ja, das Land muss weiter heruntergefahren werden. Zugleich bedarf es notwendiger Vorkehrungen, um nach erfolgreicher Senkung der Infektionen den Übergang zur Normalität zu gestalten. Dies wurde bisher jedes Mal aufs Neue versäumt. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie Maßnahmen besser erklärt, das Ziel deutlich macht und die Wege dahin beschreibt. Es muss Schluss sein mit dem Verantwortungsspingpong zwischen den Ressorts und dem ständigen Verweis auf den Bund.

Wir machen deshalb Vorschläge, um Alltagsbedingungen zu schaffen, die Infektionen möglichst ausschließen und Menschen vor allem dort schützen, wo sie sich aufhalten müssen – ob sie wollen oder nicht. Konkret bedeutet das:

Wirtschaft muss ihren Beitrag zur Eindämmung von Corona leisten – und dies auch können. Verbindliche Hygienevorgaben sowie Testpflicht zweimal wöchentlich, bei Kundenkontakt täglich sind in Unternehmen ein Weg. Kleine Betriebe müssen bei der Finanzierung durch das Land Brandenburg unterstützt werden. Ähnlich wie in Berlin brauchen wir eine Homeoffice-Pflicht, zumindest durch Deckelung der Platzbe-

legung. Die Unternehmen müssen nachweisen, warum ihre Mitarbeitenden nicht zuhause arbeiten können. Die Landesbehörden müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

Impfen, Testen, Nachverfolgen: Freie Impfdosen sollen direkt an die Hausärzte gehen, Astra-Zeneca ohne Priorisierung an Freiwillige geimpft werden. Sobald genug Impfstoff da ist, könnte in größeren Betrieben mithilfe der Betriebsärzt:innen und mobiler Teams geimpft werden. Und nur durch mehr Testzentren und Aufhebung der Begrenzung von einem Bürger:intest pro Woche sind mittelfristig Öffnungen möglich. Das Personal in den Gesundheitsämtern muss aufgestockt werden, z.B. durch Menschen, die in Kurzarbeit oder arbeitslos geworden sind.

Pandemiebeirat: Das Wissen, die Erfahrungen und Kompetenzen aller können helfen. Es gibt aus verschiedenen Bereichen viele gute Ideen – sie sollten in einem kritischen Dialog zusammengeführt werden.

Die Inzidenz von 100 als Kennzahl für Öffnungen ist zu hoch, birgt die Gefahr einer „Lockdown-Schaukel“. Wir müssen deutlich unter 100, eine dreistufige „Ampel“ wie in Berlin (Inzidenz, R-Wert, Belegung der In-

tensivbetten) könnte helfen.

Unterstützung für Selbstständige und im Niedriglohnbereich: Alle, die weiterhin von Schließungen betroffen sind, erhalten 90 Prozent ihrer Kosten erstattet. Ergänzend muss es in Brandenburg endlich einen Unternehmerlohn von 1.200 Euro pro Monat geben und auch das Kurzarbeitergeld muss mindestens 1.200 Euro betragen oder auf 90 Prozent erhöht werden. Das Land hinkt sehr bei der Auszahlung der beantragten Lohnfortzahlungen bei Quarantäne hinterher, diese müssen schnell erfolgen, wenn nötig mit Abschlagszahlungen.

Dies ist ein Auszug, den vollständigen Text von Sebastian Walter finden Sie auf: www.dielinke-barnim.de/parlamente/landtagsfraktion



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW
am 28. April